

Unverkäufliche Leseprobe



**Aaron Sahr**  
**Die monetäre Maschine**  
Eine Kritik der finanziellen Vernunft

2022. 447 S.  
ISBN 978-3-406-78232-9

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://www.chbeck.de/33245318>

© Verlag C.H.Beck oHG, München  
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.  
Sie können gerne darauf verlinken.

Aaron Sahr

# DIE MONETÄRE MASCHINE

Eine Kritik der finanziellen Vernunft

C.H.Beck

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2022  
Satz: Janß GmbH, Pfungstadt  
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen  
Umschlaggestaltung: geviert.com, Christian Otto  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
Printed in Germany  
ISBN 978 3 406 78232 9



klimateutral produziert  
[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

## Inhalt

<b>Einleitung</b> . . . . .	9
Mangel und Überfluss . . . . .	14
Beardsley Rumls zweiter Frühling . . . . .	20
Ein anderes Betriebssystem . . . . .	33

## Teil I

### Die Ideologie unpolitischen Geldes

<b>1. Das Tauschparadigma</b> . . . . .	48
Was ist eine Zahlung? . . . . .	48
Geld als Werkzeug des indirekten Tauschens . . . . .	52
Wie eine Ware, nicht als Ware . . . . .	60
<b>2. Der Nexus von Geld und Politik</b> . . . . .	67
Die Unschuldssforderung . . . . .	67
Der Preiskampf . . . . .	79
Lose Enden . . . . .	88
<b>3. Gebende und nehmende Hände</b> . . . . .	92
Wo entsteht Zahlungsfähigkeit? . . . . .	96
Geld wird «erwirtschaftet»! . . . . .	102
Das Tabu monetärer Staatsfinanzierung . . . . .	112

## Teil II

### Weichenstellungen

<b>4. Soll und Haben</b> . . . . .	120
Geldwirtschaft als Praxis der Positionierung . . . . .	127
Geld als generalisierte Gläubigerschaft . . . . .	137
Moderne Ordnungen . . . . .	143
<b>5. Über Infrastrukturen</b> . . . . .	146
Holzwege . . . . .	148
Vorleistungsmaschinen . . . . .	152
Gesellschaftliche Reproduktion . . . . .	158

## Teil III

### Die Architektur modernen Geldes

<b>6. Die monetäre Maschine</b> . . . . .	166
Bauteile: Woraus Geld besteht . . . . .	168
Gestalt: Modernes Geld als Beziehungsgeflecht . . . . .	180
Dynamische Verschaltung: Wie Geld entsteht und vernichtet wird . . . . .	190
Leistung: Der Vorteil modernen Geldes . . . . .	205
Zusammenfassung und Ausblick . . . . .	213
<b>7. Zahlungsfähigkeit als kollektives Angebot</b> . . . . .	219
Über den Geldwert . . . . .	223
Herrschaftliche Forderungen . . . . .	233
Wozu Steuern? . . . . .	253

**Teil IV**  
Hoheitsansprüche in Krisenzeiten

<b>8. Zur Privatisierung monetärer Souveränität .</b>	262
Wer regiert das Geld? . . . . .	263
Die Bindung der öffentlichen Hand in Europa	279
<b>9. Betriebsprobleme der Maschine . . . . .</b>	296
Reichtum statt Wohlstand . . . . .	299
Destabilisierungsdynamiken . . . . .	306
Jenseits des Ökonomischen . . . . .	313
<b>10. Geldpolitik als Infrastrukturpolitik . . . . .</b>	319
Ein besseres Betriebssystem . . . . .	319
Geldschöpfungspolitik . . . . .	326
Die Maschine vergesellschaften . . . . .	334
Für einen neuen Pragmatismus . . . . .	355

**Anhang**

Anmerkungen . . . . .	384
Literatur . . . . .	416
Dank . . . . .	441
Register . . . . .	442

## Einleitung

Im Angesicht gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Verwerfungen der Gegenwart können wir es uns nicht länger leisten, Geld wie ein unpolitisches Hilfsmittel für den Betrieb von Märkten zu behandeln. Stattdessen müssen wir es als öffentliche Infrastruktur erkennen und einsetzen. Kurz: Wir müssen unser Geld politisieren. Gewohnheitsgemäß greifen wir in akademischen wie politischen Debatten auf ein traditionelles ökonomisches Geldverständnis zurück, in dem Geld als ein Werkzeug erscheint, von dem einige mehr und andere weniger haben, ein Hilfsmittel, das den Austausch von Gütern auf Märkten erleichtert. Jeder Geldbetrag in der Kasse eines Ladengeschäfts, im Portemonnaie eines Kunden oder auf dem Konto einer Sparerin erscheint so als eine – je individuelle – Ausprägung dieses Werkzeugs, das wir zum Tauschen verwenden. Diese grundlegende *geldtheoretische* Ausrichtung unseres Denkens verhindert nicht nur ein tiefenscharfes Studium *geldwirtschaftlicher* Zusammenhänge, sondern auch öffentliche Willensbildungsprozesse über *geldpolitische* Fragen, die demokratischen Standards angemessen wären. Das Theoriedreieck aus Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik ist der Gegenstand des vorliegenden Buches.

«Geld» wird in der akademischen und der öffentlichen Debatte, die von der traditionellen Volkswirtschaftslehre geprägt sind, zumeist mit einem Set von vier Funktionen gleichgesetzt. Zunächst fungiert Geld als allgemein akzeptiertes *Tauschmittel* (1. Funktion). Demzufolge wird Geld als ein Vermögenswert verstanden, den man im Austausch gegen die eigene Arbeitskraft als Lohn oder Gehalt oder beim Verkauf von Wertgegenständen aus dem eigenen Besitz entgegennimmt, nicht, um ihn zu konsumieren oder damit etwas herzustellen, sondern um ihn in einem nächsten Kaufakt wieder abzugeben. Geld ist also offenbar eine Art Ware (etwa einem Auto oder einem Haus ähnlich),

die wir für den Weiterverkauf erwerben. Anders als andere Waren können wir den Geldbetrag aber ausschließlich wieder eintauschen; die spezielle «Ware» Geld ist in diesem Sinne eben ein individuell verwendbares Werkzeug, um all die Sachen in Besitz zu nehmen, die begehrt werden und die man sich leisten kann.

Das funktioniert, weil wir den Wert der zum Verkauf stehenden Dinge auch in Geldbeträgen berechnen, ihnen also einen Preis geben. Geld ist also nicht nur universelles Tauschmittel, sondern auch *Recheneinheit* für Preise (2. Funktion). Zudem hilft Geld dabei, Wert durch die Zeit zu transferieren. Durch den Verkauf meiner Arbeitskraft gegen den *Wertspeicher* Geld (3. Funktion) kann indirekt die Arbeitskraft des einen Tages mit Verzögerung gegen den Wert eines Einkaufs an einem anderen Tag getauscht werden; die Arbeitsleistung wird dementsprechend gespeichert. Schließlich kann man Geldbeträge dazu verwenden, Schulden zu tilgen. Geld ist also auch ein *Zahlungsmittel* für monetäre Verpflichtungen (4. Funktion).

Die funktionalistische Betrachtung von Geld als Werkzeug vermittelt den Eindruck einer genuin unpolitischen gesellschaftlichen Technologie: Geld erleichtert uns das Wirtschaften, indem es Güter mit Preisen versieht, ihren Austausch vermittelt und zur individuellen Vermögensbildung bereitsteht. Diese Ordnungs- und Ermöglichungsleistungen erbringt das Geld für alle wirtschaftenden Akteure gleichermaßen, es ist als Werkzeug der Marktwirtschaft – so jedenfalls ein mit der Werkzeugperspektive häufig einhergehender Eindruck – selbst unparteiisch. Nicht sein Funktionieren, sondern lediglich seine *Verteilung* kann sinnvoll politisch thematisiert und problematisiert werden, kann als Quelle und Ausdruck von Machtungleichheit und Parteilichkeit moniert und adressiert werden. Ob Werkzeuge wie eine Schlagbohrmaschine oder ein Schraubenschlüssel zuverlässig das tun, was sie tun sollen, ist eine technische Frage, deren Klärung an Ingenieure delegiert werden muss. Zu einer politisch auszuhandelnden Angelegenheit werden die Werkzeuge Schlagbohrmaschine oder Schraubenschlüssel nur im Hinblick auf ihre Verfügbarkeit, d. h. ihre Verteilung: Haben alle Menschen, die Hängeschränke anbringen wollen, auch hinreichenden Zugriff auf Schlagbohrmaschinen? Besit-



zen wenige Haushalte fast alle Schraubenschlüssel, so dass die traurige Mehrheit ihre Möbel nicht zusammenbauen kann?

Was am Beispiel solcher Werkzeuge albern wirkt, beschreibt unseren gesellschaftlichen Streit über Geld aber recht treffend. Die Auseinandersetzung über die stets ungleiche Verteilung verfügbarer Geldmittel gehört sogar zum Grundinventar unseres politischen Diskurses. Routiniert wird in Parlamenten, in der Kneipe, in Plenarveranstaltungen oder in Fernsehtalkshows darüber disputiert, wer wie viel Geld hat, wer wie viel Geld verdient, wer mehr oder wer weniger Geld bekommen sollte. Welche Lohnforderungen sind angemessen, welche überzogen, wer sollte wie viel von dem Geld haben, das es zu verteilen gibt? Wir ringen um eine Vermittlung zwischen denjenigen, die zahlungsfähig sind, und jenen, die es nicht oder nur unzureichend sind, schlicht deswegen, weil in Geldgesellschaften wie der unsrigen erst der Besitz von Geld lebens- und *überlebensfähig* macht – weil Geld, kurz gesagt, Handlungsfähigkeit, also: Macht bedeutet.

Wünschen sich die einen bei seiner Verteilung vor allem freie Märkte am Werk, die das Geld dorthin leiten, wo die größten Renditen zu erwarten sind (oder die effizienteste Nutzung, wenn man Märkten so etwas zutraut), fordern andere staatliche Umverteilung, die sich an sozialen und politischen Maßstäben orientiert. Der Konflikt zwischen einer *Distribution* von Zahlungsfähigkeit nach Gesichtspunkten der Marktlogik und ihrer *Redistribution* nach Kriterien der Moral definiert, wie einige meinen, sogar ganz grundlegend die politisch-ökonomische Gesellschaftsverfassung kapitalistischer Ökonomien im 20. und 21. Jahrhundert, die dank sich durchsetzender Volkssouveränität, Rechts- und Wohlfahrtsstaatlichkeit zu *demokratischen Kapitalismen* werden.<sup>1</sup>

Doch so entscheidend solche Fragen von Haben oder Nichthaben auch sein mögen, soll in diesem Buch ein noch grundlegenderes Anliegen verfolgt werden. Denn aus dem in der vorliegenden Arbeit eingenommenen wirtschaftssoziologischen Blickwinkel ist das Geld selbst nicht nur ein Tauschmittel, eine spezielle Art von Vermögen, das man hat oder nicht hat, sondern es ist selbst eine, wie Wolfgang Streeck es treffend formuliert, «machtdurchschossene soziale Institution».<sup>2</sup> Da-

mit meint Streeck eben nicht die Verteilung und Verwendung von Geldvermögen, sondern die «Verfassung»<sup>3</sup> des Geldes, seine, wie ich im Folgenden sagen werde, genuin *politische Architektur*.

Wer sich für diese politische Architektur interessiert, nimmt die Funktionslogiken des Geldes stets zusammen mit dessen *Konstruktionsprinzipien* und *Reproduktionsmechanismen* in den Blick. Wir werden uns also sehr wohl dafür interessieren, was Geld tut, was es für eine Gesellschaft leistet oder leisten kann, auch wenn ich es nicht, wie es so häufig geschieht, mit seinen Funktionen für den Markttausch gleichsetzen werde. Geld ist eben nicht nur ein Set von Funktionen, sondern es ist auch eine Konstruktion, ein soziales Gebilde, dessen Aufbau selbst soziologisch analysiert und gesellschaftlich wahrgenommen und debattiert werden muss. Konstruktionsprinzipien und Funktionslogiken bedingen sich wechselseitig. Geld wird schließlich nicht nur *verwendet*, sondern muss auch *hergestellt* und *bewahrt* werden; und diese Herstellungs- und Erhaltungsverfahren verändern sich und können verändert werden – und damit auch ihr Zusammenwirken mit den Leistungen, die Geld erbringt. Dabei geht es nicht um Prozesse des physischen Bedruckens von Papier zu Banknoten oder des Prägens von Münzen, sondern um die Schöpfung neuer Geldbeträge, um den Eintritt von neuer Zahlungsfähigkeit in das ökonomische System, ihre Stabilisierung und auch um ihre Zerstörung.

Im scharfen Kontrast zur Allgegenwärtigkeit verteilungspolitischer Auseinandersetzungen waren und sind Kontroversen über die *Herstellung* von Zahlungsfähigkeit, also: die *Geldschöpfung*, öffentlichen Debatten fremd. Die Frage, ob die gesellschaftliche Produktion des Geldes gut oder schlecht geregelt ist, wer in unserer Gesellschaft die Geldschöpfung übernehmen sollte; wer entscheiden darf, wie viel Geld es gibt und für wen, das heißt: zu welchem Zweck, für welche Zahlung es ursprünglich geschaffen wird und nach welchen (konkurrierenden) Maßstäben eine solche Entscheidung zu bewerten und zu beurteilen wäre, beschäftigt kaum ein Kneipengespräch, keine Sondersendungen nach den Abendnachrichten und keine Talkshow zur Prime Time, jedenfalls nicht explizit. Aber gerade *weil* von der Verfügbarkeit von Geld in unserer Geldgesellschaft so viel abhängt, nicht

alles zwar, aber doch mehr, als uns manchmal lieb ist, muss man die Geldschöpfung als eine der wichtigsten Machtressourcen im Herzen des modernen Kapitalismus bezeichnen. Sie fristet gleichsam ein Schattendasein, abseits der großen Konflikte, Proteste und Parteiprogramme.

Das ist kein Zufall. Geldschöpfung ist der öffentlichen Diskussion entzogen worden. Ich werde in diesem Buch argumentieren, dass die Ausblendung der Geldschöpfung aus unseren politischen Diskursen auf dem Siegeszug einer Ideologie beruht, die das Geld selbst zu depolitisieren versucht hat – und damit erfolgreich war. Diese Ideologie eines an sich unpolitischen Geldes hat die ideelle und institutionelle Trennung der Geldschöpfung von parlamentarisch-demokratischen Willensbildungsprozessen gefordert und legitimiert, eine Vorstellung des Geldes als einer bloß funktionell zu verstehenden und zu betreuenden Technologie des Markttausches (das Werkzeug) begründet und propagiert und damit eine Architektur des Geldes souffliert und stabilisiert, in der Geld als Privatangelegenheit erscheint, an der die öffentliche Hand nur noch als räuberische Nehmerin partizipieren kann. Das war ein Fehler mit gewaltigen Konsequenzen. Diese Ideologie eines unpolitischen Geldes gilt es deswegen zu überwinden, wenn man unser Geld verstehen und die finanziellen Missstände unserer Zeit bezwingen will. Wie Roy Kreitner schreibt, «gibt es kein politischeres Manöver als die Isolierung eines bestimmten Handlungsfeldes von der Politik»<sup>4</sup> – und damit auch kein politischeres Begehren, als diese Isolierung zu demontieren. Ziel dieses Buches ist also nicht weniger als die Überwindung eines herrschenden Denkens, das unser Verständnis der monetären Welt verzerrt und damit unsere Wahrnehmung finanzieller Möglichkeiten und Abhängigkeiten verschleiert – eine Kritik der finanziellen Vernunft.

## Mangel und Überfluss

Von welchen finanziellen Missständen spreche ich? Erkundigt man sich etwa nach der Verfügbarkeit des Artefakts Geld, stößt man auf eine seltsame Gleichzeitigkeit von Mangel und Überfluss. Auf der einen Seite – und dies ist diejenige, die den meisten bekannt sein dürfte und über die am heftigsten öffentlich diskutiert wird – fehlt es stets und überall an Geld. Der langsame, aber stetige Rückgang des Wirtschaftswachstums geistert als Gespenst einer «säkularen Stagnation» durch die Presse, händeringend wird allerorts nach Geld gesucht, um Investitionen anzukurbeln. Darunter haben vor allem die Arbeiterinnen und Arbeiter zu leiden: Wie wir spätestens seit den Arbeiten von Thomas Piketty wissen, sind die dürftigen Wohlstandszuwächse seit den 1970er Jahren vor allem in den Taschen der Großverdiener und Großvermögensbesitzer gelandet. Für alle reicht das Geld jedenfalls offensichtlich nicht, weder für Lohnsteigerungen noch, um überhaupt alle in Lohn und Brot zu bringen.<sup>5</sup>

Neben diesen langfristigen Mangelercheinungen fehlt es immer wieder auch ganz akut an Geld – in Finanzkrisen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) verzeichnet zwischen 1970 und 2017 weltweit 151 systembedrohende Zahlungskrisen nationaler Finanzbranchen. Diese Zahlungskrisen machten teilweise umfangreiche Rettungsprogramme der betroffenen Staaten notwendig und trugen somit ihren Teil zu den in dieser Datenbank und für diesen Zeitraum ebenfalls verzeichneten 79 schweren Krisen *öffentlicher* Zahlungsfähigkeit bei.<sup>6</sup>

Um die Geldversorgung der öffentlichen Hand scheint es besonders prekär bestellt. Staaten geben in der Regel mehr aus, als sie durch Steuern und Abgaben einnehmen. Die Tatsache, dass der deutschen Regierung für einige Jahre das Gegenteil gelungen ist, war so außergewöhnlich, dass die berühmt-berüchtigte «schwarze Null» zum geflügelten Wort und fetischisierten Symbol wurde. Überall mangelt es an Mitteln für die Bereitstellung öffentlicher Güter. Weltweit fehlen 15 Billionen US-Dollar für notwendige Infrastrukturausgaben (bis 2040). Selbst das vergleichsweise robust finanzierte Deutschland

lebt «von der Substanz»: Zwischen 2012 und 2017 überstieg der Wertverlust die für Infrastrukturen vorgesehenen Ausgaben. Der Zustand unserer Infrastruktur wurde nicht nur nicht verbessert, sondern er verschlechterte sich.<sup>7</sup> Und der augenscheinliche Geldmangel der öffentlichen Hand beeinträchtigt nicht nur die Versorgung mit materiellen Fundamentalgütern wie Strom, Wasser oder Transport und Kommunikation: Darüber hinaus fehlen allein hierzulande zehntausende Lehrkräfte, Schulgebäude verfallen, der «Pflegenotstand» ist zu einem geflügelten (Un-)Wort geworden (bekanntermaßen hat ja nicht erst die Pandemie des Sars-CoV-2-Erregers die Unterfinanzierung der Krankenhäuser offenbart), die Digitalisierung hinkt ein Jahrzehnt hinterher und die Kommunen betteln regelmäßig um Finanzhilfen. Diese Liste ließe sich problemlos verlängern. Die Budgets der öffentlichen Hand reichen offenbar kaum mehr für die Aufrechterhaltung basaler Staatsaufgaben.

Langfristige Investitionen der öffentlichen Hand mussten vor allem im letzten Jahrzehnt auch aufgrund von krisenhaften Mangelerscheinungen in der Privatwirtschaft zurückstecken, die auf Kosten staatlicher Budgets bekämpft wurden. Die globale Finanzkrise von 2008 provozierte bis 2010 weltweit staatliche Zahlungen von etwa 2,4 Billionen Dollar,<sup>8</sup> freilich nicht einmal annähernd genug, um die realwirtschaftlichen Folgen der «großen Rezession» signifikant abzumildern. Die Wachstums- und Jobverluste sind bis heute in vielen Ländern kaum kompensiert, und der öffentliche Sektor ist zu einem dauerhaften Sorgenkind geworden. In der Folge begannen teilweise rigorose Haushaltskonsolidierungen, Ausgaben wurden zusammengestrichen und Einnahmen zusammengehalten. Die Austeritätspolitik vertiefte den ökonomischen Abschwung mit teilweise dramatischen Folgen für die Versorgung vieler Menschen. Adam Tooze hat deswegen nicht übertrieben, als er die Finanzkrise von 2008 als «erste Krise eines globalen Zeitalters»<sup>9</sup> bezeichnet hat.

Es besteht allerdings wohl kaum Hoffnung, dass die offenen Rechnungen der öffentlichen Hand in absehbarer Zeit kleiner werden. Schließlich entstand 2020 ein mit 2008 vergleichbarer, ja ihn teilweise sogar übertreffender weltweiter Bedarf an staatlicher Zahlungsfähig-

keit und Zahlungsbereitschaft – eine zweite (Zahlungs-)Krise eines globalen Zeitalters. Als im Frühjahr 2020 die von Sars-CoV-2 verursachte Pandemie ausgerufen wurde, verordneten viele Länder Einschränkungen des öffentlichen Lebens und beruflichen Alltags. Die ökonomischen Folgen virusbedingter Veränderungen des Konsumverhaltens, verstärkt durch die teilweise strikten «Lockdowns» auf der ganzen Welt, waren dramatisch. Die Arbeitslosenzahlen explodierten, die globalen Warenströme wurden unterbrochen oder eingeschränkt, der innerstädtische Einzelhandel und internationale Transportdienstleister standen gleichermaßen vor dem Abgrund. Der IWF sprach in seinem Wirtschaftsausblick im Juni 2020 von einer «Krise wie keine andere» und malte einen fast fünfprozentigen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung in nur einem Jahr an die Wand; eine Kontraktion, die an die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre erinnerte und 2008 in den Schatten stellen sollte. Die Kontraktion gefährdet nach Ansicht des IWF nicht nur Wohlstands- und Wohlfahrtszuwächse, sondern auch die seit den 1990er Jahren erzielten Fortschritte bei der globalen Armutsbekämpfung.

Auch diese zweite Zahlungskrise des 21. Jahrhunderts zwang wieder einmal alle Länder, die es sich leisten konnten, dazu, ihre Geldbörsen zu öffnen. Globale Staatsausgaben zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen summieren sich bereits im Spätsommer 2020 auf zwölf Billionen Dollar, Tendenz steigend.<sup>10</sup> In der Eurozone mussten die strengen Regeln für öffentliche Verschuldung gelockert werden, und auch in Deutschland diskutiert man im Frühjahr 2021 über eine Korrektur der 2009 in das Grundgesetz aufgenommenen Schuldenbremse. Die langfristigen Folgen für die Zahlungsfähigkeit vieler Staaten dürfte derzeit kaum abschätzbar sein. Allerdings wurde die Situation der wohlhabenden und privilegierten Länder durch das frühzeitige und energische Reagieren ihrer Zentralbanken entschärft, die aus der Krise 2008 gelernt hatten. Der Geldbedarf der öffentlichen Hand ist vielerorts somit sowohl strukturell (in Bezug auf Infrastrukturinvestitionen und sozialstaatliche Leistungen) als auch situativ (durch die zwei großen globalen Zahlungskrisen des 21. Jahrhunderts) gigantisch – es mangelt an Geld.

Die fiskalischen Mangelercheinungen sind allerdings noch viel größer, berücksichtigt man, dass wir uns bereits in einer dritten Zahlungskrise der öffentlichen Hand befinden. Schließlich konnte die Coronakrise nur einen kurzen Moment davon ablenken, dass mit der Klimakrise bereits seit zu vielen Jahren weiterer Geldbedarf aufgehäuft wird, der offensichtlich ohne kollektive Anstrengungen und Ausgaben, also ohne die Geldbörse der öffentlichen Hand, nicht zu decken sein wird. Die klimabedingten Risiken seien nur kategorisch angedeutet: drastische Einbrüche bei landwirtschaftlichen Einnahmen, erschwerter und damit kostenintensiverer Zugang zu Trinkwasser, die Folgen unbewohnbarer Küstenstreifen, steigende Versicherungskosten gegen zunehmend wahrscheinlicher werdende Extremwetterepisoden, explodierende Gesundheitsausgaben zur Bekämpfung von Krankheiten, die durch Hitze, Unwetter, Staub und Smog ausgelöst werden etc. Die Klimakrise erfordert zwar sicherlich einen kulturellen Wandel, das heißt ein Umdenken in Bezug auf gesellschaftliche Werte und individuelles (Konsum-)Verhalten; aber sie erfordert eben ferner und vor allem auch eines: Geld! So komplettiert sich ein im Ganzen fatales Bild: Geld ist angesichts der Höhe der bereits ausgestellten und zu erwartenden Rechnungen zweifellos Mangelware. An dieser Einsicht dürfte also nicht zu rütteln sein. Aber ist das wirklich so?

Tatsächlich gibt diese Perspektive nur die eine Seite der monetären Verfassung der Welt wieder. So vertraut uns öffentliche Debatten über Geldmangel nämlich sein mögen, so seltsam erscheinen sie doch vor dem Hintergrund der Verfügbarkeit von Geld in Langzeitperspektive. Und damit wären wir beim Thema Überfluss. Während die Wirtschaftswachstumsraten langfristig abzunehmen begannen, dehnten sich die Geldbestände nämlich weiter beharrlich aus. Die in der OECD organisierten Länder brachten es im Jahr 1980 auf etwa 40 Prozent der heutigen Leistungsfähigkeit (Stand 2018), wobei damals nur etwa *ein* Prozent der heute verfügbaren Menge an Geld zirkulierte. In den Ländern der Eurozone wurden noch 1995 etwa drei Viertel der ökonomischen Leistung von 2018 erbracht, mit weniger als 20 Prozent der Geldmenge von 2018. Die Menge an verfügbarem Geld ist also um

ein Vielfaches stärker gewachsen als die Leistung der Wirtschaft. Es gab immer mehr Geld, aber nicht in gleichem Ausmaß mehr Dinge, die man damit kaufen kann. Geht man in den Statistiken auf der globalen Ebene noch einmal zwanzig Jahre zurück, zeigt sich der Trend ebenso deutlich: Im Jahr 1960 gab es weltweit Geld in einem Umfang von etwa der Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung, 2015 waren es 124 Prozent. Produktion und Geld klaffen auseinander.<sup>11</sup>

Wer nun vermutet, die zunehmenden Geldmengen seien ein rechnerisches Artefakt, weil das viele Geld durch Inflation an Wert verloren hätte, also de facto gar nicht wirklich *mehr* Geld sei – weil es nur den reinen Zahlen nach vervielfältigt wurde, aber man nicht mehr damit kaufen kann –, irrt. Der Anstieg der Verbraucherpreise hält mit der annähernd exponentiellen Geldmengenausdehnung über Jahrzehnte nicht Schritt. Im Gegenteil: Seit den 1980er Jahren ist die Inflation in den westlichen kapitalistischen Ökonomien weithin unter Kontrolle, weil auf lange Sicht moderate Steigerungsraten zur Norm wurden. Ganz anders das Geld, dessen rasante Vermehrung gerade seit den 1980er Jahren zu beobachten war, als sich die Inflationsraten beruhigten. Obwohl sich die Konsumentenpreise in Europa seit 1980 auch fast versiebenfacht haben, stehen sie doch im Schatten einer ver-hundertfachen Geldmenge.

Dieser Nicht-Zusammenhang von Geldvermehrung und Geldwertentwicklung wird besonders in den vergangenen gut zehn Jahren spürbar, weil die großen Notenbanken der USA, Englands, Japans und der Eurozone zur Bewältigung der Finanzkrise Unmengen frischer Geldmittel produziert haben. In der Eurozone gab es (in einer engen Definition der Geldmenge) 2007 nur etwa zwei Drittel der 2015 verfügbaren Mittel; bis 2019 ist die Menge nochmal um 37 Prozentpunkte angestiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die sogenannten harmonisierten Verbraucherpreise nur um etwa 15 (2007–2015) respektive 4,8 (2015–2019) Prozentpunkte. Und paradoxerweise befürchtet man parallel zu dem extremen Geldwachstum der letzten 40 Jahre keine Inflation, sondern gerade Deflation, also eine Stagnation oder gar ein Absinken des Preisniveaus, was eigentlich als ein Indikator für Geldmangel gilt. Wenn nämlich die Preise insgesamt fallen, so die üblicherweise ange-



brachte Überlegung, ist schlicht nicht genug Geld da, um alle Waren zu kaufen – und das, obwohl es immer weiter vermehrt wird.<sup>12</sup>

Die Europäische Zentralbank (EZB) peilt mit ihrer Politik bekanntlich einen moderaten Preisniveauanstieg von zwei Prozent pro Jahr an, der ihr als stabile Grundlage ökonomischer Prosperität gilt. Um es klar zu machen: Die EZB kämpft also dafür, dass eine leichte Inflation Bestand hat – und dies, obwohl sie aufgrund der genannten Geldvermehrung mehr als einfach zu haben sein müsste. Das heißt aber auch: Selbst nach Jahrzehnten bestechender Geldmengenausweitung erschien in den zehn Jahren nach der globalen Finanzkrise der EZB die Gefahr einer Deflation größer als jene einer Inflation. Und in der Tat war die Abschwächung des deflationären Drucks eine der Hauptbegründungen außergewöhnlicher nationaler wie europäischer Zentralbankpolitiken nach 2008, durch die (noch) mehr Geld in die Wirtschaft gebracht wurde. Nicht einmal die unglaubliche Summe von 2,6 Billionen Euro, die allein durch die EZB zwischen 2015 und 2018 zusätzlich in die Wirtschaft gepumpt wurde, führte zu einem merklichen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus, also zu Inflation. Geld ist offenbar allorts knapp, obwohl es mit enormer Geschwindigkeit vermehrt wird.

Und der Trend hält an: Die EZB wollte ihr «Quantitative Easing» gerade zurückfahren, als im Frühjahr 2020 die Coronakrise ausbrach. Wieder standen die großen Zentralbanken bereit und fluteten die Wirtschaft mit frisch erzeugtem Geld. Die Federal Reserve Bank vergrößerte ihre zwischen 2008 und 2019 bereits etwa verfünffachte Bilanzsumme von Februar bis Mai 2020 noch einmal um 60 Prozent. Das heißt: Die US-amerikanische Zentralbank hat Wertpapiere – Staatsschulden, aber auch mehr oder weniger riskante private Schuld-papiere – mit kolossalen Mengen frisch hergestelltem Geld vom Markt aufgekauft. Die EZB erweiterte ihr Aufkaufprogramm für Wertpapiere Anfang März 2020 um 120 Milliarden Euro und reduzierte ihre Ansprüche an die Qualität jener Anlagen, die Banken als Pfand hinterlegen müssen, um sich neues Geld zu leihen (bis mindestens September 2021 können Privatbanken sogar eher unsichere Wertpapiere mit der niedrigsten Bewertung BBB- als Pfand hinterlegen, wenn sie sich neues

Geld bei der EZB leihen). Danach erweiterte die EZB noch einmal ihre Ankäufe für Wertpapiere um das Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP), das zunächst mit einem Umfang von 750 Milliarden Euro angesetzt war, aber bereits Anfang Juni 2020 auf 1,3 Billionen Euro erhöht wurde – eine Summe, die bis Sommer 2021 in die Märkte fließen soll. EZB-Präsidentin Christine Lagarde machte klar, die Bereitschaft zur Finanzierung des Euro durch neu geschaffene Geldmittel sei unbegrenzt.

Während die EZB also private Investorinnen und Investoren mit kognitiv kaum mehr greifbaren Mengen an Geld zahlungsfähig macht, werden im Bundestag und den Wirtschaftsteilen der Tageszeitungen düstere Bilder von künftigen Staatshaushalten gezeichnet. Man müsse sich schon jetzt, in der Krise, so der Tenor, auf einen harten Sparkurs in der Zukunft einstellen. Zahlungsfähigkeit scheint also – siehe die Maßnahmen der Zentralbanken – gleichzeitig beliebig verfügbar und – siehe die Debatten in den Parlamenten – fürchterlich knapp zu sein.<sup>13</sup> Die Zahlungskrisen der öffentlichen Hand – Finanzkrise, Coronakrise und Klimakrise – bedrohen den Zusammenhalt und Fortbestand ganzer Gesellschaften. Es ist deswegen wenig verwunderlich, wenn denen zugehört wird, die einen Ausweg versprechen. Einer davon ist Beardsley Ruml.

### **Beardsley Rums zweiter Frühling**

Der Ökonom, Statistiker, Psychologe und Soziologe Beardsley Ruml wurde 1894 als Nachfahre böhmischer Einwanderer im US-Bundesstaat Iowa geboren. Ruml promovierte in Psychologie und half danach der US-Armee bei der Entwicklung statistischer Persönlichkeits-tests, arbeitete als Manager für die Rockefeller Stiftung, beriet seinen Freund Präsident Hoover in agrarpolitischen Belangen und half mit, die soziologische Abteilung der University of Chicago aufzubauen. Ein späterer Präsident dieser Universität, Robert Maynard Hutchins, nannte Ruml sogar einen der Gründer US-amerikanischer Sozialforschung. Danach wechselte der vielseitig begabte Ruml in die freie

Wirtschaft und landete schließlich bei der Notenbank der USA in New York City, der Federal Reserve Bank (Fed), wo er zwischen 1937 und 1946 verschiedene leitende Funktionen innehatte.

Im Jahr 1945, als Chairman der Fed, hielt Ruml einen Vortrag vor Juristen der American Bar Association. Der Vortrag, einer von unzähligen in Ruml's facettenreicher Karriere, wäre wohl in den Annalen verloren gegangen, hätte ihn nicht das Magazin *American Affairs* für die Nachwelt abgedruckt. Dessen damaliger Herausgeber Gareth Garrett erklärte im Editorial, was ihn zu diesem Abdruck bewogen hatte. Dem Vortrag gebühre die Aufmerksamkeit eines größeren Publikums, so erläutert Garrett, weil dessen These – immerhin nicht von irgendwem, sondern von einem Hochoffiziellen innerhalb des Geldsystems aufgestellt –, so sie denn wahr wäre, den politischen Betrieb auf den Kopf stellen könnte. Der Chairman der amerikanischen Notenbank behauptete in seinem Vortrag schließlich, die Vereinigten Staaten von Amerika könnten künftig darauf verzichten, ihre Staatsausgaben durch Steuern zu finanzieren. Die These war bereits im Titel des Vortrags unmissverständlich formuliert. Ins Deutsche übersetzt lautete er: «Steuern sind als Einnahmequelle überholt», im Original: *Taxes for Revenue are Obsolete*.<sup>14</sup>

Der Zentralbanker Ruml wollte damit allerdings nicht sagen, dass Steuern unnötig seien, weil er Staatsausgaben für überflüssig oder gar gefährlich hielt. Er war also weder Anarchist noch hyperliberaler Verfechter eines auf seine Grundmauern reduzierten Nachwächterstaates, der schlicht keine Steuern erheben brauchte, weil sein Ausgabenplan nur das Allernötigste umfasste. Ruml hielt nicht die *Staatsausgaben* für obsolet, sondern die *Staatseinnahmen* – über Steuern. Ebenso wenig schlug er vor, dass sich die USA ausschließlich durch freiwillige Darlehen ihrer Bürgerinnen und Bürger und auch nicht, wie es in Deutschland vor einigen Jahren der Philosoph Peter Sloterdijk anregte, nur noch durch Spenden finanzieren sollte. In einer im Angesicht der Finanzturbulenzen von 2008 über die Zukunft des Kapitalismus sinnierenden Reihe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* rief Sloterdijk zur «Revolution der gebenden Hand» auf (so zumindest der redaktionelle Titel des Texts). Er warnte davor, ein im-

mer gieriger werdender Steuerstaat würde als eine Art Kleptokratie, die ihre reichen und deswegen ja augenscheinlich produktiven Bürgerinnen und Bürger bestiehlt, nach und nach an Legitimität verlieren. Die «gebende Hand», also die in der Wirtschaft schuftenden Bürgerinnen und Bürger, stünden deswegen angesichts wachsender Steuerbelastungen durch den gierigen Fiskus vor einer «Revolution». Deswegen schlug der Philosoph vor, von einer Staatsfinanzierung durch Zwangsabgaben abzurücken und das Gemeinwesen fortan durch freiwillige Spenden zu bezahlen.<sup>15</sup> Auch Ruml proklamierte lange vor Sloterdijk eine Art «Revolution der gebenden Hand», nur sah er eben gerade nicht die wirtschaftenden Bürgerinnen und Bürger als jene an, die geben konnten.

Ruml hatte vielmehr neben Einnahmen und Leihgaben von Geld eine dritte Möglichkeit im Sinn, wie die USA zahlungsfähig werden und bleiben konnten: die Geldschöpfung. Schließlich wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etwas erprobt, das gemeinhin «Fiat-Geld» genannt wird, eine Form von Geld, in der die einzelnen Geldbeträge nicht mehr aus einem wertvollen Material bestehen oder bei einer Bank wie der Federal Reserve in ein solches wertvolles Material umgetauscht werden können. Durch die lange und turbulente Phase des Ersten und Zweiten Weltkriegs war dieser Rechtsanspruch auf Eintauschbarkeit stoffwertloser Banknoten und Bankguthaben in Silber oder Gold, der sogenannte Edelmetallstandard, zusammengebrochen. Zwar sollte er später, im System von Bretton-Woods, mit stark reduzierter Wirksamkeit zurückkehren (und Anfang der 1970er Jahre bis auf weiteres verschwinden), aber schon zum Zeitpunkt von Rums Vortrag hatte die Welt eine soziale Technologie zur Verfügung, die bis heute gewissermaßen erstaunlich ist: Fiat-Geld, eigentlich stoffwertlose Geldbeträge, die dennoch als wertvoll erachtet, begehrt und akzeptiert werden. Die Herstellung neuer Banknoten, Münzen und vor allem die Herstellung der immer wichtiger werdenden Kontostände – simple Ziffern im Hauptbuch einer Bank oder im Speicher einer ihrer Computerserver – wurden also nicht länger durch die Verfügbarkeit natürlich vorkommender und deswegen endlicher Ressourcen aus Edelmetall begrenzt.

Dadurch ergaben sich für den Produzenten dieser Geldbeträge ungeheure Handlungsoptionen, so Ruml. Geld ist außerordentlich nützlich, weil man damit unzählige am Markt angebotene Güter und Dienste erwerben kann, und es ist dennoch, materiell betrachtet, wahnsinnig einfach herzustellen. Selbst wenn man kein Papier zur Verfügung hätte, um Banknoten mit beliebigen Beträgen zu bedrucken, könnte man Fiat-Geld einfach dadurch herstellen, dass man eine Zahl – die gewünschte Summe – in das Hauptbuch der Zentralbank einträgt und damit den Kontostand der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika aufbucht. Warum sich also um Einnahmen sorgen, wenn man die Notenpressen und Kontobücher der Federal Reserve Bank zur Verfügung hat, die einem einfach frische Geldbeträge ausspucken können? Die US-Regierung, so bringt es der Herausgeber Garrett mit Blick auf Rumls Vortrag in seinem Vorwort auf den Punkt, sei deswegen genau genommen ein für alle Mal «von allen Geldsorgen befreit».

Beardsley Rumls Vorschlag dürfte in den meisten Ohren irrwitzig klingen. So sah das wohl auch sein Zeitgenosse, der in Lemberg geborene, Anfang der 1940er Jahre in die USA emigrierte berühmte Ökonom Ludwig von Mises, als er Anfang der 1950er Jahre in eine Neuauflage der englischen Übersetzung seines Standardwerks *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel* von 1924 einen Kommentar zu Rumls Vorschlag einfügte. Aus dem Kommentar lässt sich mit etwas hermeneutischem Geschick zwischen den Zeilen ein leichter Anflug von sarkastischer Geringschätzung für Rumls Argument herauslesen. Mises schreibt:

«Für den naiven Geist hat die Ausgabe von Fiat-Geld etwas Wunderbares an sich. Ein von der Regierung gesprochenes Zauberwort schafft aus dem Nichts eine Sache, die gegen jede Ware eingetauscht werden kann, die man gerne haben möchte. Wie blass ist die Kunst der Zauberer, Hexen und Beschwörer im Vergleich zum Finanzministerium! Die Regierung, so sagen uns Professoren, «kann all das Geld aufbringen, das sie benötigt, indem sie es druckt.» Steuern für Einnahmen, verkündete ein Vorsitzender der Federal Reserve Bank von New York, sind «überholt». Wie wunderbar! Und wie böseartig und menschenfeindlich sind jene hartnäckigen Verfech-

ter einer veralteten wirtschaftlichen Orthodoxie, die die Regierungen auffordern, ihre Haushalte auszugleichen, indem sie alle Ausgaben aus den Steuereinnahmen bestreiten.»<sup>16</sup>

Mit dieser verächtlichen Bemerkung könnte man Ruml nun zurück zu den Akten legen und fortfahren. Schließlich dürften die meisten Leserinnen und Leser Mises' Kritik intuitiv nachvollziehbar finden. Ganz offensichtlich verstößt Ruml gegen eine Art ökonomisches Naturgesetz, das fast schon zu trivial ist, um es auszusprechen: Ausgaben können die Einnahmen nicht (jedenfalls nicht ständig und auf lange Sicht) übersteigen, kurz: *Geld muss erwirtschaftet werden*. Man kann es nicht einfach drucken, jedenfalls nicht, wenn man zum Kreis der Vernunftbegabten gezählt werden möchte. Geld wird verdient, indem man arbeitet oder die Früchte seiner Arbeit verkauft, manchmal wird es auch gewonnen, man bekommt es vererbt oder geschenkt, aber selbst dann muss es zuvor von irgendwem erwirtschaftet werden, bevor wir es ausgeben können, alles andere, so scheint es doch, wäre absurder Kinderglaube, eine Welt der Alchemie, in der Zauberinnen und Hexer regieren.

Rumls irritierender Vorschlag ist trotz Mises' Intervention in den wirtschaftspolitischen Diskurs zurückgekehrt, in Gestalt der sogenannten Modern Monetary Theory, kurz: MMT. Eine ihrer führenden Vertreterinnen, die amerikanische Ökonomin Stephanie Kelton, trug nicht zuletzt deshalb zur Popularisierung der MMT bei, weil sie als Beraterin dem bekannten US-Senator Bernie Sanders zur Seite stand, der sich zweimal (erfolglos) um die Präsidentschaftskandidatur bewarb. Ihr Buch *The Deficit Myth* wurde 2020 zu einem internationalen Bestseller. Darin behauptet sie, ganz im Sinne Rumls, die allgemeine Überzeugung, man bräuchte Steuern, um Staatsausgaben zu finanzieren, sei «reine Fantasie».<sup>17</sup>

Die MMT wird seit gut 20 Jahren auf abseitigen Nebenstraßen der Volkswirtschaftslehre aus Versatzstücken des Keynesianismus montiert und propagiert. Auf diesen Nebenstraßen sind Autoren wie Warren B. Mosler, L. Randall Wray, William Mitchell oder Pavlina Tcherneva unterwegs. Sie sehen sich in der direkten Tradition nicht

nur von John Maynard Keynes, sondern speziell des Schumpeter-Schülers Hyman Minsky oder auch von Abba P. Lerner's *functional finance approach*. (Ludwig von Mises bezieht sich in seiner zuvor zitierten Geringschätzung übrigens auch auf Lerner.) Die MMT wird seit der globalen Finanzkrise von 2008 zaghaft und seit gut zwei Jahren mit zunehmender Intensität in sozialen, traditionellen öffentlichen und akademischen Medien diskutiert. Das britische Wochenblatt *The Economist* betrachtete diese Entwicklung mit Argwohn, gönnte der aufkeimenden politischen Bewegung 2019 aber immerhin eine Titelseite und einen Namen: *millennial socialism*.<sup>18</sup> Auch andere wirtschaftswissenschaftliche Schwergewichte wie Kenneth Rogoff melden sich warnend zu Wort.<sup>19</sup> Allein der Umstand aber, dass der ökonomische Mainstream nun vor der ehemaligen Randerscheinung MMT warnen muss, zeigt den Wandel des öffentlichen Debattenpektrums: «Jetzt haben ihre Ideen den Mainstream erreicht», schreibt der Wirtschaftsnachrichtendienst *Bloomberg* dazu im März 2019, «jahrelang ignoriert, steht die MMT plötzlich im Mittelpunkt der amerikanischen Wirtschaftsdebatte».<sup>20</sup> Einige US-Senatoren beantragten sogar, der Kongress möge diese Geldtheorie offiziell missbilligen – ein womöglich einzigartiger Vorstoß, äußern sich doch Parlamente in der Regel selten zu akademischen Theoriestreitigkeiten.<sup>21</sup> Auch in Deutschland sind Wirtschaftsjournalismus, Politik und Wissenschaft hellhörig geworden; im Januar 2019 fand die (nach eigenen Angaben) erste europäische MMT-Konferenz in Berlin statt, Stephanie Kelton wurde großformatig von *Süddeutscher Zeitung* und *Die Zeit* interviewt,<sup>22</sup> harschen Kritiken wurden auch hierzulande umfangreiche Kommentarspalten zur Verfügung gestellt, und polit-ökonomische und soziologische Beiträge warfen vorsichtig Sonden in die hitzige Debatte um die neue Geldtheorie.<sup>23</sup>

Ihre Popularität verdankt die Theorie wohl auch ihrer engen Verzahnung mit ambitionierten politischen Programmen. Erstens brachte Kelton als Beraterin des beliebten Senators Bernie Sanders den *Green New Deal* (GND) in die amerikanischen Medien. Er wurde von der Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez («AOC») und dem Senator Ed Markey 2019 vorgestellt und von den meisten der (inzwi-

schen gescheiterten) Bewerberinnen und Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei (zumindest im Grundsatz) befürwortet. Der (oder besser: *dieser*) GND ist ein gewaltiges, nicht nur dem Namen nach mit den US-Aufbauprogrammen in den 1930er Jahren vergleichbares Investitionsprogramm in eine klimaverträgliche und ökologisch nachhaltige Wirtschaft. Es geht um nichts weniger als eine radikale Dekarbonisierung und Ökologisierung aller ökonomischen Sektoren der USA. Innerhalb von nur zehn Jahren sollen Infrastruktur, Industrie, Verkehr und Energie vollständig umgebaut werden, um das Klima und die unter seinem Wandel leidenden US-Bürgerinnen und US-Bürger zu retten. Angesichts der eindrucksvollen Ambitionen dieses Programms und der im Verlauf der letzten Jahre drastisch erhöhten Sensibilisierung für klimapolitische Fragen (sichtbar beispielsweise in der weltweiten Bewegung *Fridays for Future*) überrascht das Interesse am *Green New Deal* nicht (der nicht mit dem im Vergleich deutlich weniger ambitionierten «Green Deal» der Europäischen Kommission verwechselt werden darf, den die frisch gewählte Präsidentin Ursula von der Leyen im Dezember 2019 vorgestellt hat). Der konsequente Hochgeschwindigkeitsumbau der gesamten US-Wirtschaft braucht allerdings neben demokratischen Mehrheiten und Unmengen ingenieurstechnischer Expertise vor allem eines: viel Geld. Sanders veranschlagte in seinem Plan mehr als 16 Billionen Dollar für zehn (oder 15) Jahre, der Thinktank *American Action Foundation* befürchtete Kosten von 93 Billionen Dollar, der konservative US-Fernsehsender Fox News malte einen Betrag von bis zu 44,6 Billionen Dollar an die Wand.<sup>24</sup>

Das Interesse am GND dürfte aber nicht nur durch seine transformativen Ambitionen zu erklären sein, sondern auch durch seinen Brückenschlag zwischen Klima- und Sozialpolitik. Der Umbau der Wirtschaft soll nach den Vorstellungen von AOC und Kelton nämlich nicht nur mit einer umfassenden öffentlichen Krankenversicherung («*medicare for all*»), sondern auch mit einer universellen *Job Guarantee* verbunden werden, dem gesetzlich verbrieften Anrecht auf eine Beschäftigung durch den Staat. Damit verbindet der *Green New Deal* den radikalen ökologischen und klimatisch nachhaltigen Umbau der



Wirtschaft mit einer kaum weniger radikalen Neuorganisation der Arbeitswelt. Schließlich geht es hier um nichts weniger als den Vorschlag, *Arbeitslosigkeit abzuschaffen* – und die Behauptung, das auch bezahlen zu können.<sup>25</sup>

Das finanzielle Selbstbewusstsein der MMT-inspirierten Politikerinnen und Politiker speist sich aus Beardsley Rumls Argument: Sie bringen die US-Regierung als Geldschöpfer ins Spiel. Nachhaltigkeit und Beschäftigung dürften nicht am Geld scheitern, so offenbar die Behauptung, solange Staatsausgaben durch die Zentralbank finanziert werden könnten, indem diese das neu benötigte Geld auf das Konto der Regierung aufbucht, also mittels simpler Buchhaltungsverfahren «druckt».<sup>26</sup> Wirklich?

Die Finanzierung von Staatsausgaben durch die Schöpfung neuen Geldes wird auch als «monetäre Staatsfinanzierung» bezeichnet. Eine solche Form der Haushaltsführung wurde von vielen Ökonominen und Wirtschaftspolitikern nicht erst seit den ersten Experimenten mit Papiergeld kritisiert. Lange vorher schon, vor der Existenz des modernen Geldes, war etwa das Entwerten umlaufender Gold- oder Silbermünzen und die Herausgabe neuer, weniger gehaltvoller Zahlungsmittel durch raffgierige Fürsten Gegenstand einer ganz ähnlichen Kritik. Im 20. Jahrhundert konnten und können derartige Missbilligungen deshalb als besonders plausibel erscheinen, weil der exzessive, fast schon sprichwörtliche Einsatz der «Druckerpressen» landläufigen Meinungen zufolge nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Ländern, insbesondere in Deutschland, zu einer Hyperinflation geführt habe, was den Nationalsozialisten den Weg bereitet habe, die wiederum den Zweiten Weltkrieg mithilfe des Papiergelddrucks finanziert hätten. So oder so ähnlich wird die Geschichte jedenfalls gerne erzählt: Monetäre Staatsfinanzierung hat letztlich das Dritte Reich ermöglicht, weshalb wir sie um jeden Preis verhindern müssen. Nicht nur im deutschen Sprachraum gehören staatliche Geldschöpfung und ihre katastrophalen Folgen zum Schreckensbild «Weimarer Verhältnisse».<sup>27</sup>

Diese allzu rasch und gerne gezogene kausale Verbindungslinie zwischen inflationärer Geldmengenausweitung und der Machtergreifung der Nationalsozialisten geht an der Realität vorbei. Tatsächlich

waren die Wahlerfolge von Hitlers NSDAP dort am größten, wo die anschließende Austeritätspolitik durch die Kürzung staatlicher Programme oder die Erhöhung von Steuern am stärksten in die Lebenswelt eingriff. Sparpolitik und Deflation, nicht Geldmengenausweitung und Inflation, haben Hitler möglich gemacht, wenn man denn auf eine einfache Kausalformel hinauswollte.<sup>28</sup> Wichtig ist dennoch die Feststellung, dass dieser quasi-gesetzliche Zusammenhang in der Öffentlichkeit gebetsmühlenhaft wiederholt wird: Staatliche Druckerpressen führen zu Geldentwertung und Chaos.

Das ökonomische Naturgesetz scheint hier unerbittlich zu sein: Wertschöpfung findet in der (Privat-)Wirtschaft statt, nicht in der vermeintlich kollektivistischen Zusammenarbeit von Regierungen und Zentralbanken, die heute gemeint ist, wenn vor dem «Heißlaufen der Druckerpressen» gewarnt wird. Echte Werte entstehen doch wohl durch Arbeit und/oder (je nach politischer Couleur) Unternehmertum, jedenfalls durch reale Produktion, nicht durch die Erzeugung von Geld mittels Bilanzspielereien und Druckmaschinen. Wieder landen wir bei der Formel, Geld müsse erwirtschaftet werden. Wer zahlungsfähig werden und bleiben will, muss wirtschaften, Einnahmen erzielen und mit den Ausgaben haushalten, auch und gerade der Staat, der schließlich als «nehmende Hand» vom hart ersparten Geld seiner Bürgerinnen und Bürger lebt. In einer vielzitierten Rede hatte die britische Premierministerin Margaret Thatcher 1983 ein entsprechendes Bonmot geprägt:

«Eine der großen Debatten unserer Zeit dreht sich darum, wie viel von Ihrem Geld der Staat ausgeben und wie viel Sie für Ihre Familie behalten sollten. Lassen Sie uns diese fundamentale Wahrheit nie vergessen: Der Staat hat keine andere Geldquelle als das Geld, das die Menschen selbst verdienen. [...] Es gibt kein öffentliches Geld; es gibt nur das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.»<sup>29</sup>

Der letzte Satz dürfte für viele als eine simple Tatsache, eine deskriptive und politisch ungefärbte Wahrheit gelten: Unabhängig davon, wie man selbst zu Steuern steht, gibt es am Ende nur das Geld, das

von den Bürgerinnen und Bürgern verdient wird – *es gibt nur das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler*. Geld entsteht durch privates Wirtschaften und existiert als privates Vermögen – diese Formel ist so tief in unseren geldtheoretischen, geldwirtschaftlichen und damit (Thatcher hält hier ja eine politische Rede) auch geldpolitischen Diskurs eingedrungen, dass die Vorschläge von Ruml, Kelton und Co. nicht einmal ansatzweise mit unseren bisherigen Debatten in Beziehung zu setzen sind. Dementsprechend harsch fielen viele Reaktionen auf die MMT aus. «Schulden machen ohne Reue» betitelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im April 2019 eine dringliche Warnung vor diesem Programm. Die *Washington Post* hoffte, die politische Linke könne sich dem «Sirenengesang der MMT» entziehen, man solle nicht an das «Schlaraffenland» glauben, mahnt hierzulande die *Süddeutsche*. Der Ökonom Larry Summers tut die ganze Idee verächtlich als «Voodoo-Volkswirtschaftslehre» ab, die ehemalige Leiterin der Fed Janet Yellen bezeichnet die Vertreterinnen und Vertreter der MMT als «verwirrt», und Olaf Scholz, der sich in seiner Funktion als Finanzminister noch als würdiger Erbe von Wolfgang Schäubles «schwarzer Null» zu gerieren wusste, fand die «neue Wirtschaftstheorie aus den USA» bloß noch «skurril». <sup>30</sup>

Nur wenige Monate nach dieser Äußerung scheint Olaf Scholz allerdings von der Wirklichkeit überholt worden zu sein. Im Zuge der Pandemie im Frühjahr und Sommer 2020 hat sich die Debatte um die MMT intensiviert. Nachdem die großen Zentralbanken wie die Fed, die Europäische Zentralbank (EZB), die Bank of Japan (BoJ) oder die Bank of England (BoE) bereits nach der Finanzkrise von 2008 in großem Ausmaß geldschöpfend tätig geworden waren und damit (zumindest indirekt) auch Staatshaushalte saniert hatten, gab die sogenannte Coronakrise dieser direkten oder verdeckten monetären Staatsfinanzierung noch einmal Auftrieb – und damit auch jener Denkschule, die, neben vielen anderen Dingen, dieses lang gepflegte Tabu des «Gelddrucks» beseitigen will. Die Federal Reserve Bank kaufte als Reaktion auf die ökonomischen Kontraktionen im Frühjahr 2020 wie wild Staatsanleihen (und Unternehmensanteile) vom Markt auf und bezahlte mit immer mehr und mehr frischem Geld; die

Zentralbankbilanz blähte sich allein zwischen Februar und Juni um 60 Prozent auf. Ihr Umfang ist im Vergleich zu den ruhigeren ökonomischen Gewässern vor 2008 gigantisch. Nicht allen Leserinnen und Lesern solcher Nachrichten ist dabei ad hoc geläufig, dass Zentralbanken Vermögenswerte, die sie erwerben, mit neu erschaffenen Geldbeträgen bezahlen. Das ist auch verständlich, schließlich entspricht das so gar nicht unserem Alltagsverhältnis zu Geld, in dem Ausgaben sehr wohl aus dem Inhalt des Portemonnaies beglichen werden und auch Dispokredite Limits kennen, weil Geld zunächst «erwirtschaftet werden muss». In einem Fernsehinterview mit dem Sender CBS am 17. Mai 2020 wird deswegen ein Nachfolger von Beardsley Ruml, der Fed-Chairman Jerome Powell, erstaunt gefragt, ob die Zentralbank das ganze Geld tatsächlich einfach «gedruckt» hätte:

«Wir drucken es digital. Als Zentralbank haben wir die Möglichkeit, Geld digital zu schaffen. Und das tun wir, indem wir Schatzanweisungen oder andere staatlich garantierte Wertpapiere kaufen. Dadurch wird die Geldmenge tatsächlich erhöht. Wir drucken außerdem Bargeld».<sup>31</sup>

Monetäre Staatsfinanzierung ist – wenigstens in dieser indirekten Form – also zurück auf dem politischen Tableau. «Die Stunde der MMT hat geschlagen», verkündete der Ökonom Peter Bofinger, ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (der «Wirtschaftsweisen»), des wichtigsten wirtschaftspolitischen Beratungsgremiums der Bundesregierung.<sup>32</sup>

Wie lässt sich diese Entwicklung mit den kontraintuitiven Thesen von Ruml, Kelton und Co. in Einklang bringen? Der erste Schritt in diese Richtung ist die Anerkennung des theoretischen Dissenses, der (viele) Kritikerinnen und Kritiker von der MMT trennt. Die Modern Monetary Theory fordert nämlich nicht einfach, reale Sachzwänge achtlos zu ignorieren, jedes Schamgefühl über Bord zu werfen und die Gelddruckmaschinen wider besseres Wissen bis zur Überhitzung arbeiten zu lassen. Ihre Advokatinnen ignorieren nicht einfach simple Faktenlagen – wie etwa, dass Geld «erwirtschaftet werden muss» –

und können folglich als Verblendete und Verrückte abgetan werden. Vielmehr behaupten sie, dass das Lehrbuchwissen in die Irre führe, dass die Sachgrundlagen unseres ökonomischen Zusammenlebens eben ganz anders seien als allgemein unterstellt. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach ist die MMT nämlich eine Kritik der finanziellen Vernunft, kein Abgesang auf die Ratio als solche, keine Werbung für Fahrlässigkeit. Was ihr vorschwebt, nennt Kelton eine *kopernikanische Wende* im wirtschaftlichen Denken.<sup>33</sup> Die Ambitionen dieses Programms verstecken sich also keineswegs hinter Floskeln der Bescheidenheit. In einem Interview mit dem deutschen Wochenblatt *Die Zeit* erinnerte Kelton sogar an den Filmklassiker *Matrix*. Der Hollywoodstreifen erzählt die Geschichte einer durch kalte Maschinenherrscher unterjochten Menschheit, die von ihrem Schicksal nichts weiß, weil sie in einer Simulation gefangen ist. Statt der kalten, feuchten und unfreien Wirklichkeit glaubt jeder Mensch in der Welt von *Matrix* irrtümlich, das ganz normale, mal mehr, mal weniger triste Leben zu führen, das für die Zuschauer des Films Normalität ist. An einem Wendepunkt der Erzählung, so Kelton, würden dem von Keanu Reeves verkörperten Hauptcharakter zwei Tabletten angeboten: «Wenn er die blaue Pille nimmt, bleibt alles, wie es ist. Nimmt er die rote, erkennt er, dass die Welt nur eine Fiktion ist.» Sie selbst habe «die rote Pille genommen».<sup>34</sup>

Eine rote Pille schlucken, also erkennen, dass gesellschaftliche Visionen wie eine nachhaltige ökologische Transformation oder die Abschaffung der Arbeitslosigkeit «nicht am Geld scheitern»<sup>35</sup> müssen, und damit die drei Zahlungskrisen der öffentlichen Hand auf einen Schlag ins Reich der Legenden verbannen? Ganz so einfach ist es natürlich nicht, auch weil wir den Konflikt, auf den Keltons Forderung nach einer «kopernikanischen Wende» hinweist, noch gar nicht wirklich entdeckt haben. Die Erarbeitung dieser Entdeckung aber lohnt sich. Die MMT steht für eine Familie heterodoxer Theorien, die nicht nur ungewöhnliche Ansichten über Geldpolitik vertreten, sondern diese mit einer auf den ersten Blick sicherlich kuriosen – deswegen: heterodoxen – Perspektive auf Geldwirtschaft und auf das Geld selbst verbinden. Um die politischen Programme von Ruml und der MMT

zu verstehen und überhaupt nur sinnvoll diskutieren zu können, muss man sie gleichzeitig als Theorien der Geldpolitik, der Geldwirtschaft und des Geldes an sich lesen. Die Motivation, sich diesem Theorieparadigma zu widmen, anstatt es vorschnell als skurrilen Unsinn abzutun, ist dabei eine doppelte: Erstens versprechen Ruml und die MMT als politisches Programm eine Überwindung der dreifachen Zahlungskrise der öffentlichen Hand, zweitens offerieren sie als Theorie von Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik eine Erklärung und Kritik der Gleichzeitigkeit von monetärem Mangel und Überfluss.

Welche geldpolitischen Positionen wir für sinnvoll oder wenigstens grundsätzlich legitim halten, hängt davon ab, wie wir uns die politische Architektur des Geldes – also seine Konstruktionsprinzipien und Reproduktionslogiken – vorstellen; wie wir diese politische Architektur des Geldes beschreiben und theoretisieren, hängt davon ab, was wir unter «Geld» verstehen. Der Schlüssel zu einem Verständnis der Gleichzeitigkeit aus Geldmangel und Geldüberfluss und – perspektivisch – einer Überwindung der dreifachen Zahlungskrise der öffentlichen Hand ist deswegen die Geldtheorie, weil nur geldtheoretische Reflexionen offenlegen können, welche Annahmen wir gemeinhin im Hinblick auf diese Konstruktionsprinzipien und Reproduktionsmechanismen treffen und inwiefern diese Annahmen der Prüfung durch die Realität standhalten. Geldtheorien sind keine randständigen Sprachspiele volkswirtschaftlicher Spezialistinnen und Spezialisten, die konzeptuelle Feinheiten in ökonomischen Nischen klären, ohne dass dies realweltliche Folgen hätte. Im Gegenteil: Geldtheorien sind Schlüsseltheorien, die auf eine Transparenz der fundamentalen Verfassung monetärer Wirtschaftsformen abstellen. Schließlich ist Geld der Treibstoff, der Wertschöpfungsprozesse ins Leben ruft, Märkte schmiert, Menschen motiviert, kurz: die Wirtschaft und die Welt bewegt.

Geldtheorien stellen dementsprechend Semantiken bereit, die das Ganze betreffen, und sie sind deshalb auch schon immer politisch konnotiert. Sie geben Auskunft über die «Natur» des Geldes und verorten sie dabei innerhalb einer gesellschaftlichen und damit auch politischen Ordnung. Jede Geldtheorie impliziert Konzeptionen der Geldwirt-

schaft und der Geldpolitik. Was wir meinen, wenn wir «Geld» sagen, formt das, was wir uns unter der Geldwirtschaft vorstellen – also: was eigentlich passiert, wenn mit Geld interagiert wird – und was wir unter Geldpolitik verstehen. Damit präformieren Geldtheorien auch, was als sinnvolles und legitimes und was als fehlgeleitetes und illegitimes Begehren innerhalb dieses Politikfeldes – der Geldpolitik – wahrgenommen werden kann. Geldtheorien erklären (oder verschleiern) Mechanismen und Zwänge, denen Akteure unterworfen sind, die auf den Umgang mit Geld ausgerichtet und angewiesen sind. Geldtheorien formatieren die diskursiven Koordinatensysteme, in denen individuelle Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Gestaltungsspielräume anhand der Dimensionen «bezahlbar» und «nicht bezahlbar», machbar und unmöglich, verortet und sortiert werden. Geldtheorien sind so besehen nie unschuldig. Sie selbst sind immer auch Fundamente einer Theorie der Geldpolitik – sie bilden eine Art soziales Betriebssystem, mit dem wir unser Geld beobachten, bewerten und betreiben. Das vorherrschende Betriebssystem ist der Gegenstand einer Kritik der finanziellen Vernunft.

### **Ein anderes Betriebssystem**

Um die Welt um uns herum, um uns selbst und andere zu verstehen, brauchen wir kollektive, mehr oder weniger präzise und umfassend geteilte «Betriebssysteme». Betriebssysteme kennen wir als Programme zur Überwachung und Steuerung von Prozessen in unseren Smartphones und Computern: «Windows», «iOS» oder «Android». Sie ermöglichen auf einer grundlegenden und vorbereitenden Ebene das Zusammenwirken von Hard- und Software und stellen dabei Anforderungen, nach denen sich die Programme richten müssen, die auf diesen Geräten laufen wollen. In Analogie dazu kann man nun sagen, dass auch unser Handeln und unsere Verständigung über Sinn und Zweck unseres Handelns durch so etwas wie «gesellschaftliche Betriebssysteme» strukturiert werden. Geteilte Deutungsmuster oder Denkstile, die erklären, womit man es in einem bestimmten Hand-

lungsfeld (einer Praxis) zu tun hat, was zu tun ist oder getan werden kann und was nicht im Bereich des Möglichen liegt.

Ein solches Betriebssystem verwenden wir auch zur Steuerung unseres Geldes. Das heißt: Es gibt einen dominanten Denkstil, mit dem wir uns die Konstruktionsprinzipien und Reproduktionsmechanismen (die politische Architektur) des Geldes vergegenwärtigen, grundlegende Annahmen über geldwirtschaftliche Zusammenhänge kommunizieren und damit legitime von illegitimen und sinnvolle von gefährlichen Positionen in geldpolitischen Debatten unterscheiden. Genau dieses dominierende Betriebssystem ist in den emotionalen Abwehrreaktionen gegen die MMT und gegen Beardsley Ruml zur Anwendung gekommen.

Das dominante Betriebssystem nenne ich die *Ideologie unpolitischen Geldes*. Ihr widmet sich der erste Teil des Buches, der aus drei Kapiteln besteht. Diese Ideologie beruht auf einer bestimmten Lesart der *Tauschtheorie* von Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik. Von dieser Tauschtheorie wenden sich die heterodoxen Stimmen rund um die MMT ab, und diese theoretische Neuausrichtung – ob man sie nun zu einer «kopernikanischen Wende» stilisieren muss, sei dahingestellt – bildet die Grundlage für ein neues gesellschaftliches Betriebssystem unseres Geldes, das die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Hand aus den Abhängigkeiten privater Überschusserwirtschaftung befreit. Denn die Gleichzeitigkeit von einem Überfluss und einem Mangel an Geld verweist ja nicht nur auf einen (unter Umständen) kuriosen Sachverhalt, sondern auch auf handfeste und schmerzhaft Pathologien der Gegenwart: das Ausbleiben von Wachstum, zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen sowie in zahlreichen und wiederkehrenden Finanzkrisen kulminierende Instabilität. Für diese Pathologien – Wohlstandsverluste, Ungleichheit, Instabilität – werden wir die Ideologie des unpolitischen Geldes haftbar machen, die als dominanter Denkstil nicht nur für die begrenzten Spielräume politischer Debatten, sondern auch für die Ausgestaltung der institutionellen Ordnung des Geldes und damit für die Betriebsprobleme unseres Geldes (neuntes Kapitel) verantwortlich zeichnet.

Ich möchte in diesem Buch den folgenden Gedanken entfalten: *Die*



*Ideologie unpolitischen Geldes verkauft eine gesellschaftliche Infrastruktur als privates Werkzeug.* Sie depolitisiert eine eigentlich zu den Grundbestandteilen unseres Gemeinwesens gehörende Struktur, indem sie eine Vorstellung von Geld propagiert, die eine Abtrennung der Geldpolitik von demokratischen Willensbildungsprozessen fordert und legitimiert. Damit verspielt dieses dominante Betriebssystem nicht nur die Chance der Bewältigung pressierender (Zahlungs-)Krisen und enteignet unsere demokratische Gemeinschaft zugunsten einer von dieser Maskierung profitierenden, immer reicher werdenden Minderheit; die Ideologie des unpolitischen Geldes verhindert sogar, dass wir überhaupt verstehen, was Geld ist.

Das *erste Kapitel* wird die Tauschtheorie des Geldes genauer skizzieren, ihren Wirkungsbereich auch über die klassische Wirtschaftstheorie hinaus abstecken und das ihr implizite Bild einer Geldwirtschaft herausstellen. Diese Tauschtheorie, die meistens bewusst oder unbewusst aufgerufen wird, begreift Geld zuallererst als ein Tauschmittel, d. h. als ein Werkzeug in indirekten Tauschökonomien. Einzelne Geldbeträge erscheinen uns dadurch, ganz so wie die alten Gold- und Silbermünzen, wie ein einzelnes Exemplar dieses Werkzeugs. Jedes Mal, wenn wir etwas verkaufen, seien es hergestellte Produkte oder unsere Arbeitskraft, erhalten wir dafür einen Stellvertreter dieser Leistung – einen Geldbetrag –, mit dem wir die Leistungen anderer erwerben können. Die Summe aller Geldbeträge ist damit die Menge aller individuell, von Privaten und der öffentlichen Hand gehaltenen Werkzeuge. Damit betrachten wir Geld als etwas, das von Individuen eingenommen wird, wenn sie «gut wirtschaften», also Überschüsse produzieren, die sie verkaufen können. Diese Überschüsse sind in der Tauschtheorie die Grundlage der (eigentlichen) Geldentstehung – Geld, das «einfach gedruckt wird», ist dann kein eigentliches, legitimes, also: «erwirtschaftetes» Geld. Dieser Begriff von Geld und Geldwirtschaft wird dementsprechend von einer Konzeption von Geldpolitik flankiert, die auf die Funktion des Geldes als Vermittler und damit auf das Wertverhältnis von erwirtschafteten Waren und dem sie stellvertretenden Geld gerichtet ist.

Das *zweite Kapitel* setzt diese Analyse der Tauschtheorie fort, in-

dem es – gemäß der Trias Geld, Geldwirtschaft, Geldpolitik – auf den Nexus von Geld und Politik aus tauschtheoretischer Perspektive eingeht. Dabei geht es um die nicht so sehr akademisch, sondern vor allem institutionell prägende Doktrin eines politisch neutralen Geldes, das nur dann wirklich funktioniere, wenn sich staatliche Organe auf minimale Gewährleistungsfunktionen zurückziehen. Auf dem Feld der Geldpolitik lässt die Ideologie unpolitischen Geldes einzig eine Form der «Werkzeugpolitik» als legitimes Begehren in monetären Belangen zu: Politik muss sich (oder: darf sich allenfalls) um die Bewahrung der «technischen» Funktion des Werkzeugs bemühen, den Wert zuvor produzierter Waren zu speichern und ihren Austausch zu vermitteln. Konkreter lautet die gängige Idee: Als Tauschwerkzeug braucht Geld einen verlässlichen Tauschwert, und die Politik muss dafür sorgen, diesen Tauschwert zu erhalten. Geldpolitik wird durch die Ideologie unpolitischen Geldes (das dominante «Betriebssystem») ganz grundsätzlich als *Geldwertpolitik* gefasst: eine Politik, die auf die Stabilität des Geldwerts zielt und dabei behauptet, im allgemeinen Interesse zu handeln. In Disziplinen wie der politischen Soziologie und politischen Ökonomie wird diese Denkweise mit großem Einsatz (und zumindest innerakademisch auch mit großem Erfolg) einer eingehenden Kritik unterzogen, weil sie zur Entpolitisierung eines eigentlich von verschiedenen Interessen durchfluteten Feldes beitrage. Dieser kritischen Sichtweise möchte ich mich hier anschließen. Dennoch besteht auch bei der politisch-soziologischen und politikökonomischen Kritik der Ideologie des unpolitischen Geldes das Grundproblem weiter: Auch sie fasst Geldpolitik im Grundsatz als Geldwertpolitik und bleibt damit in entscheidender Hinsicht der Tauschtheorie von Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik verhaftet.

Die Ideologie unpolitischen Geldes, das wird im *dritten Kapitel* herausgearbeitet, degradiert insbesondere Fragen der Geldschöpfung – also wer wie viel neugeschaffenes Geld zu welchen Konditionen bekommen sollte – zu einer rein technischen Stellgröße und subsumiert sie unter die Belange der Geldwertpolitik. Unter der Herrschaft eines so verfassten gesellschaftlichen Betriebssystems können Fragen der Geldschöpfung gar nicht mehr unvoreingenommen politisch artiku-

liert und in gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen gleichwertig mitverhandelt werden. Der radikale Ausschluss der Politik aus monetären Belangen und die – schon theoretische! – Unterordnung der Geldschöpfung unter die Belange der Geldwertpolitik zeigt sich paradigmatisch am Tabu monetärer Staatsfinanzierung, die gegen Ende des dritten Kapitels diskutiert wird und den Teil zur Ideologie unpolitischen Geldes abschließt. Der Abschnitt schlägt also den Bogen zurück zum zweiten Abschnitt der Einleitung (zu Beardsley Ruml und der MMT) und ergründet die hochemotionalen und empörten Abwehrreaktionen auf derlei Vorschläge. Wir werden uns dort also noch einmal – ganz naiv und grundsätzlich! – fragen, warum der Hinweis, dass Staaten doch Geld produzieren könnten, um ihre Zahlungsfähigkeit herzustellen, so irritiert.

Im zweiten Teil des Buches wird mit der Entwicklung des Gegenentwurfs zur Ideologie des unpolitischen Geldes begonnen: einer von der Tauschtheorie abweichenden *Bilanztheorie* der Trias Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik. Geldtheorie bedeutet unter dem neuen Paradigma dann keine Rekonstruktion der Funktion eines passiven Steuerungsmediums von Marktwirtschaften mehr, sondern ist als Semantik zur Beschreibung der politischen Architektur unseres Geldes zu verstehen. Damit werde ich dann argumentieren, Geld sei besser als *gesellschaftliche Infrastruktur* denn als *privates Werkzeug* konzeptualisiert.

Dafür nimmt der zweite Teil zwei konzeptuelle Weichenstellungen vor, einmal zur theoretischen Perspektive (viertes Kapitel) und einmal zum Begriff der Infrastruktur (fünftes Kapitel). Insbesondere der neujustierte Blick auf die Geldwirtschaft mag im ersten Moment verwirrend klingen. Um die politische Architektur unseres Geldes als Infrastruktur zu verstehen und ein alternatives Betriebssystem ernsthaft diskutieren zu können, muss man sich darauf einlassen, Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik *in Bilanzen zu denken*. Dieses Denken wird das *vierte Kapitel* erläutern.

Ein kurzer Abriss ist aber womöglich schon hier notwendig, um etwaige Berührungängste zu minimieren: In Bilanzen zu denken, klingt zunächst nach trockener Buchhaltung. In der vorliegenden Stu-

die sollen aber keine Excel-Tabellen angelegt und Einnahmen und Ausgaben dokumentiert werden. Die Lektüre dieses Buches setzt keine Vorkenntnisse in Rechnungslegung und auch keinen Grundkurs Mathematik voraus. Beim Denken in Bilanzen geht es vielmehr um eine grundlegende Semantik, die wir anlegen, um zu beschreiben (und dann zu analysieren), was wir sehen, wenn wir auf geldwirtschaftliche Zusammenhänge blicken. Mit dem Ausflug zu Beardsley Ruml und Stephanie Kelton haben wir zuvor ja festgehalten, dass der scharfe Disput zwischen der Modern Monetary Theory und ihren Kritikerinnen und Kritikern viel tiefer geht als bloße Differenzen in der Einschätzung von Risiken unterschiedlicher Politikinhalt. Die MMT gehört zu einer Familie von Ansätzen in der heterodoxen Ökonomik, die man als ein ganzes *Paradigma der Bilanz* bezeichnen kann. Diese Forschungszugänge stehen allesamt (mehr oder weniger eng) in der Tradition von John Maynard Keynes, Joseph Schumpeter und von deren gemeinsamen Schüler Hyman Minsky,<sup>36</sup> der erklärte: «Jede kapitalistische Wirtschaft lässt sich als eine Reihe miteinander verbundener Bilanzen beschreiben».<sup>37</sup> Dieser Grundgedanke wird nun nicht nur im bilanztheoretischen Ansatz der MMT weiterentwickelt, sondern auch im *money view* von Perry Mehrling, dem *accounting view* von Dirk Bezemer oder der *Critical Macro-Finance* von und um Daniela Gabor. Dieses heterodoxe, aber weiterhin *ökonomische* Paradigma hat, so eine Initialüberlegung zu diesem Buch, noch ungenutztes, aber bedeutendes soziologisches Potenzial, gerade weil es – und das soll hier herausgestellt werden – ein Defizit in unseren Gewohnheiten aufzeigen hilft, über Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik akademisch wie politisch nachzudenken und zu sprechen.

In Bilanzen zu denken bedeutet, die Wirtschaft als Praxis der Verschuldung und Schuldentilgung zu analysieren. Damit entsteht eine Opposition zur großen Mehrheit wirtschaftstheoretischer Arbeiten, die den *Tausch* und nicht die *Schuld* als fundamentalen Begriff zur Beschreibung von Ökonomie mobilisieren.<sup>38</sup> Gemeinhin wird Wirtschaft über die Lagergrenzen zwischen liberalen und marxistischen Paradigmen hinweg als Prozess beschrieben und analysiert, in dem Individuen – Einzelpersonen, Unternehmen oder Staaten – Entschei-

dungen über den Tausch ihres Eigentums treffen: Sie tauschen Geld gegen Arbeitskraft, Arbeitskraft gegen Einkommen oder die Früchte ihrer Arbeit gegen die Produkte, die andere hergestellt und zu Markte getragen haben. Wer in Bilanzen denkt, sieht in der Wirtschaft hingegen nicht zuallererst und schon gar nicht ausschließlich den Einsatz von Arbeitskraft, um Ressourcen in Waren zu verwandeln, die dann auf Märkten getauscht werden; wer in Bilanzen denkt, sieht Akteure, die anderen Akteuren gegenüber (Zahlungs-)Verpflichtungen eingehen und sich darum bemühen (müssen), diese Pflichten zu erfüllen.

Bilanzen sind in der ökonomischen Praxis Darstellungen der Vermögen und der Verbindlichkeiten eines Unternehmens, die darüber Aufschluss geben sollen, wie es um die wirtschaftliche Situation dieses Unternehmens steht. Diese zweispaltigen Tabellen zeigen den Unternehmenseigentümerinnen, Unternehmensleitern oder Steuerbehörden, wie es dem Unternehmen ökonomisch «geht», wie viel seine Einkommen und Vermögenswerte im Verhältnis zu seinen Verbindlichkeiten (Löhnen, Zinsen oder sonstigen Ausgaben, die gezahlt werden müssen) wert sind, also: ob die Firma solvent und liquide ist.

Das Verhältnis von Einkommen und Vermögen («Haben») und Verbindlichkeiten («Soll») beschäftigt aber nicht nur Unternehmen, die tatsächlich eine solche Tabelle schreiben und ihren Aktionären und den Steuerbehörden vorzeigen müssen. Es geht hier vielmehr um eine Perspektive zur Beschreibung und Untersuchung der Geldwirtschaft insgesamt, nicht um Buchhaltung als Dienstleistung. «Haben» und «Sollen» betreffen schließlich jeden ökonomischen Akteur. Jeder von uns hat Soll-Positionen: Wir müssen regelmäßig Mieten zahlen, Grundgebühren für Mitgliedschaften und Mobilfunkverträge, Abonnements für Streamingdienste und Zeitschriften, Steuern und Abgaben und binnen 14 Tagen die Rechnungen auflaufender Onlinebestellungen. Und wir «haben», wenn wir Glück haben, etwa Geld in der Tasche oder auf der Bank oder Vermögenswerte, die man verkaufen könnte, um diese Verbindlichkeiten zu bedienen (Häuser, Kraftfahrzeuge oder Rennpferde), und andere Vermögensansprüche, die Einkommen generieren, weil sie Verbindlichkeiten anderer sind, zum Beispiel Arbeitsverträge, die dem Angestellten einen Lohn zu-

sichern und der Arbeitgeberin eine Zahlungsverpflichtung auferlegen. Wer «in Bilanzen denkt», hält die Schuld – die Verbindlichkeit, die «Soll-Position» – für den Kern ökonomischer Praxis: Zu Wirtschaften heißt, sich beieinander zu verschulden und die Vergeltung dieser Schulden zu organisieren. «Wirtschaft» ist der ständig ablaufende Organisationsprozess von Bilanzen zur Generierung stabiler und funktionierender *Ver- und Entschuldung*.<sup>39</sup>

Zahlungsverpflichtungen (Schulden) sind im Paradigma der Bilanz also keine moralisch womöglich sogar fragwürdigen Hilfsmittel für den Betrieb von Marktwirtschaften, auf die man, so man nur sorgsam – wie eine schwäbische Hausfrau – wirtschaftete, auch verzichten könnte. Solche verquerten und schiefen kollektiven Einstellungen liegen bekanntlich den hohen Zustimmungswerten zu Politiken der Schuldenbremse oder des ausgeglichenen Staatshaushaltes zugrunde. Demgegenüber ist festzuhalten, dass Schulden vielmehr die Matrix der Ökonomie und damit unverzichtbar und notwendig sind. Der Kern des bilanztheoretischen «Betriebssystems» ist deswegen ein *pragmatisches* Verhältnis zu Schulden, welches das vorherrschende *sentimentale* Schuldverhältnis ersetzt, in dem die Aufnahme von Schulden als moralisch und ökonomisch fragwürdige und möglichst zu vermeidende Praxis aufscheint.

Sich ökonomische Akteure buchstäblich als Bilanzen vorzustellen, bedeutet also, sie von vornherein und zuallererst in ihrer relationalen Verbundenheit miteinander zu untersuchen. Die Grundannahme des Paradigmas der Bilanz lautet schlicht, dass es bei der Geldwirtschaft um Beziehungen geht, die geknüpft, aufrechterhalten und geregelt terminiert werden, wenn sie vergolten sind. Diese Beziehungen zwischen Gläubigerinnen (das «Haben» zu einem «Soll») und Schuldnerinnen (das «Soll» zu einem «Haben») sind für erstere Vermögen und für letztere Verpflichtung. Gläubigerinnen und Schuldner tauschen kein Eigentum aus, um dann ihrer Wege zu gehen. Die eine Rolle ist vielmehr die notwendige Kehrseite der jeweils anderen, beide stehen in Relation zueinander. Um die Eigendynamik des Geldes zu verstehen (siehe Abschnitt *Mangel und Überfluss*) und die monetären Potenziale zur Gesellschaftsgestaltung (siehe Abschnitt *Beardsley Rumls zweiter*

*Frühling*) analytisch einordnen und demokratisch verhandeln zu können, muss man sich darauf einlassen, in solchen Bilanzen zu denken, d.h. Geldwirtschaft schon im Grundsatz als Verschuldungs- und Vergeltungszusammenhang zu begreifen und eine Theorie des Geldes und der Geldpolitik darauf aufzubauen.

Das Denken in Bilanzen ermöglicht es, unser Geld nicht länger als Sammlung von Tauschwerkzeugen, sondern als eine einzelne große Entität zu erkennen, die gesellschaftlich, oder: kollektiv betrieben wird. Wir werden in diesem Buch also das Argument entfalten, unser Geld sei nicht als eine Menge von Werkzeugen zu verstehen, die Akteure haben oder nicht haben, sondern als eine einzige große Struktur, in der alle Bauteile – die Geldbeträge – miteinander so verbunden sind wie die Komponenten einer gigantischen Maschinerie. Als eine gigantische Maschine hat unser Geld viel Ähnlichkeit mit anderen großen Versorgungssystemen, etwa dem Versorgungssystem für elektrische Energie. Statt als Werkzeug ist es also adäquater, das Geld als eine *Infrastruktur* zu beschreiben.

Das *fünfte Kapitel* schließt deswegen die Weichenstellungen für einen bilanztheoretischen Zugang zur Trias Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik ab und leitet zum dritten Teil des Buches über, indem es erklärt, was die Behauptung, Geld sei kein Werkzeug, sondern eine Infrastruktur, eigentlich genau impliziert. Um das klar zu machen, wird diese Weichenstellung nicht am Beispiel des Geldes selbst die Begrifflichkeiten schärfen, sondern am Beispiel der Infrastruktur für elektrische Energie. Der Begriff der «Infrastruktur» wird in diesem Buch nicht – wie es häufig geschieht – rein metaphorisch verwendet, sondern meint etwas sehr Konkretes: die Gestalt des Geldes als *eine einzige große Maschine*. Im *sechsten Kapitel* wird dieser Vergleich zwischen der Geld-Infrastruktur und der Infrastruktur für elektrische Energie gezogen – und damit setzt der dritte Teil des Buches ein.

Wenn ich von modernem Geld als einer «Maschine» spreche, ist damit natürlich keine physische Apparatur aus beweglichen Kolben, metallenen Schwungrädern, Ventilen und Brennräumen gemeint. Vielmehr wird «Maschine» hier als soziologisches Analogiekonzept verwendet. Die Maschine, von der hier die Rede sein wird, besteht also

nicht (nur) aus physischen Komponenten, sondern (auch) aus sozialen: aus Institutionen, Regularien, Vorstellungen, Beziehungen, Praktiken und dergleichen. Die Bezeichnung als Maschine meint demnach nicht, Geld sei eine physische Apparatur, die sich bewegt, quietscht, qualmt und kracht. Vielmehr impliziert sie, dass unser Geld, strukturell betrachtet, in Analogie zu einer Maschine beschrieben werden muss – und dass diese Beschreibung etwas enthüllt, das ohne sie im Dunkeln bleiben würde.

Was aber zeichnet «die Maschine» dann aus, das heißt: Welche Eigenschaften werden für die Analogie herangezogen? Der Begriff der Maschine verweist auf wenigstens drei entscheidende Eigenschaften unseres Geldes:

*Erstens* zeichnet eine Maschine aus, dass es sich bei ihr um eine Entität handelt. Im 18. und 19. Jahrhundert beginnen die kapitalistischen Länder, komplexe Strukturen zur Bereitstellung von Zahlungsfähigkeit aufzubauen, deren unselbständige Bauteile einzelne Guthaben sind: das Geld der Leserinnen und Leser dieses Buches, das Geld des Autors, das Geld unserer Nachbarn und das von Beyoncé Knowles-Carter usw. Die Behauptung, mit der Entstehung modernen Geldes würde gleichsam eine komplexe Entität geschaffen, die fortan Zahlungsfähigkeit bereitstellt, entspricht so gar nicht der üblichen Art und Weise, wie wir über Geld nachdenken und sprechen. Wir sprechen über Geld in der Regel – wie bereits mehrfach angedeutet – als Summe oder Menge aller Geldbeträge, die sich in individuellem Besitz befinden; demzufolge ist Geld, also Zahlungsfähigkeit, etwas, das natürliche oder juristische Personen im Portemonnaie oder auf dem Konto haben: je einzelne Beträge, die allesamt Geld sind, aber eben keine einzige Entität, sondern viele einzelne Ausprägungen derselben Sache, eines Tauschmittels.

Wir stellen uns Geld also gemeinhin nicht als eine einzige Maschine, sondern als eine Sammlung von Werkzeugen vor: «Geld» ist die Bezeichnung eines Funktionselements (ein Tauschmittel, eine Recheneinheit und ein Wertspeicher), philosophisch gesprochen: ein *type*, eine Klassenbezeichnung für viele Einzeldinge. Man könnte etwa sagen, Geld sei ein Tauschmittel, oder mit Karl Marx: ein «uni-



verselles Äquivalent»; durch eine solche Definition würde jeder Geldbetrag zu einem Träger dieser Funktion. Jeder einzelne Geldbetrag in einem Portemonnaie oder auf einem Bankkonto ist demnach ein *token* (Exemplar) dieses *types* (Typus «Geld», zum Beispiel: «universelles Äquivalent»), eine Instanz der Funktion – genauso wie es in jeder guten Werkzeugkiste ein *token* des *types* «Schraubenschlüssel» gibt (jeder einzelne Schraubenschlüssel existiert für sich in jemandes Besitz, gehört aber zur Klasse funktionsgleicher Elemente, dem *type* Schraubenschlüssel). Die Analogie zu einer kraftumsetzenden<sup>40</sup> Apparatur hingegen betont die intrinsische Verbundenheit einzelner Geldbeträge, die damit weniger einem Haufen Schraubenschlüssel als vielmehr den Bauteilen eines Motors gleichen; einzelne Guthaben mögen zwar Individuen gehören, sind aber soziologisch als interdependente Maschinenelemente einer Struktur zu begreifen.

*Zweitens* erbringt eine Maschine durch die dynamische Verschaltung ihrer interdependenten Bauteile eine Leistung. Die Elemente einer Maschine tun nur in Wechselwirkung miteinander das, was wir von der Maschine erwarten; sie existieren nicht für sich, sondern als Teil eines systemischen Verbundes. Kraftumsetzende Maschinen sind in diesem Verbund dynamisch verschaltet, das heißt, ihre Teile sind nicht, wie bei anderen Artefakten, fixiert – wie etwa bei einem Gebäude oder einem Baugerüst –, sondern bewegen sich vor und zurück, schieben sich an und halten sich wechselseitig in Bewegung. Und wie die Zahnräder, Kolben und Keilriemen von Motoren müssen sie auch zueinander passen und ineinandergreifen. Eine solche Interdependenz der Teile bzw. deren dynamische Verschaltung lässt sich auch für unser Geld zeigen, nur sind hier die Teile keine Zahnräder, Kolben oder Keilriemen, sondern, wie im *sechsten Kapitel* zu klären sein wird: *Schulden*. Schulden sind die Zahnräder, Kolben und Keilriemen, aus denen der Motor bzw. die Maschine Geld zusammengesetzt ist. Aus bilanztheoretischer Perspektive betreiben wir also eine einzige große Entität aus dynamisch verschalteten Schulden, um *Zahlungsfähigkeit* bereitzustellen, mit der wir unsere Verbindlichkeiten bedienen und damit unsere Bilanzen operabel halten können.

*Drittens* ist es, wie das *fünfte Kapitel* erläutern wird, für die gro-

ßen Maschinerien der Infrastrukturen üblich, dass die von ihnen erbrachten Leistungen genuin politisch sind. Das heißt einerseits, dass sie nicht als passive, neutrale Hilfsmittel beschrieben werden können, sondern das Leben in einem Gemeinwesen mitgestalten. Sie sind keine unschuldigen Technologien (so etwas gibt es genau genommen nicht), sondern Teil der politischen Ordnung. Deswegen wird ihre Leistung in der Regel auch mit gesellschaftlichen Vorgaben versehen; im Falle der Elektrizität wären das beispielsweise Ansprüche an die Reichweite der Versorgung (jeder Haushalt in Deutschland sollte potenziell elektrifiziert sein), an ihren Preis oder auch an die Art ihrer Bereitstellung (etwa im Hinblick auf die verwendeten Ressourcen, man denke nur an die Energiewende). Solcherlei Forderungen wurden durch die Ideologie unpolitischen Geldes für die monetäre Maschine diskreditiert – und diese Diskreditierung gilt es im Hinblick auf die dreifache Zahlungskrise, aber auch im Hinblick auf die akademische Forschung zu überwinden. Die Ideologie des unpolitischen Geldes hat versucht, eine kollektive Maschine als privates Werkzeug zu verkaufen – und das war ein politischer Fehler ebenso wie ein theoretischer Kurzschluss.

Auf der Ebene der Theorie soll diesem Fehler durch eine bilanztheoretische Rekonstruktion der politischen Architektur des Geldes begegnet werden. Konstruktionsprinzipien und Reproduktionsmechanismen unseres Geldes stellen uns als Gesellschaft vor bestimmte Aufgaben, die wir gemeinsam, das heißt: politisch lösen müssen. Sie erzeugen also das, was ich in diesem Buch ein *gesellschaftliches Anforderungsprofil* nennen will. Ein gesellschaftliches Anforderungsprofil verweist auf die Dinge, die erbracht werden müssen, damit eine Infrastruktur aufgebaut und betrieben werden kann. So müssen für die Bereitstellung von Strom nicht nur Staudämme, Kraftwerke und Trassen gebaut, sondern auch fortwährend Treibstoffe erschlossen und gesichert und Koordinationsaufgaben für den Alltag des Netzwerks gelöst werden. Infrastrukturleistungen sind in diesem Sinne in der Regel kollektiv erbrachte Vorleistungen. Das *siebte Kapitel* wird durch einen Ausflug in die Geschichte der monetären Maschine zeigen, inwiefern auch unser Geld diesen Charakter einer «gesellschaftlich betriebenen Vorleistungsmaschine» angenommen hat. Wir müssen als Gesellschaft

etwas leisten, damit Geld funktioniert, also wiederum für uns etwas leistet. Dieses Anforderungsprofil unterschätzen wir gemeinhin, weil wir – angeleitet von der kurzsichtigen, aber vorherrschenden Perspektive auf Geld als individuell verfügbares Werkzeug – von einer strukturellen Verzahnung von Geld und Wirtschaft ausgehen, in der «mehr Geld» bedeutet, dass auch der Wohlstand vermehrt, dass mehr «erwirtschaftet» und mehr geleistet wird. Diese Kopplung zwischen Geld und Wirtschaft aber muss aktiv, d. h. politisch hergestellt werden; sie ist Teil des Anforderungsprofils unseres Geldes, dessen Architektur eben gerade nicht strukturell mit der Wirtschaft verkoppelt ist, sondern *eigendynamisch* operiert, wie die Gleichzeitigkeit von Überfluss und Mangel anzeigt. Das Auseinanderdriften von Wirtschafts- und Geldwachstum verweist darauf, dass wir unserer Aufgabe nicht gerecht werden. Um die Kopplung von Geld und Wirtschaft herzustellen, ist eine dezidierte «Geldschöpfungspolitik» notwendig – also die Formulierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Vorgaben für die Produktion und die Vernichtung monetärer Mittel. Eine solche Politik aber wird durch das dominante Betriebssystem, die Ideologie unpolitischen Geldes, delegitimiert und diskreditiert. Dadurch ist eine monetäre Maschine entstanden, die Reichtum für einige wenige statt Wohlstand für alle produziert – und die sich selbst und ihr Verhältnis zur Umwelt eigendynamisch destabilisiert.

Der vierte und letzte Teil des Buches wird sich deswegen mit politischen Ansprüchen an die Steuerung der monetären Maschine auseinandersetzen. Er zielt darauf ab, die bilanztheoretische Betrachtung von Geld, Geldwirtschaft und Geldpolitik um jenes dritte Element der Geldpolitik zu komplettieren. Das *achte Kapitel* befasst sich mit der Frage, wer die monetäre Maschine steuert. Es rekonstruiert dabei eine zweidimensionale Privatisierung der Steuerungshoheit, die unter zwei Varianten des Konzepts der «monetären Souveränität» gebracht wird. Unter diesem Regime privatwirtschaftlicher Profitmaximierung hat sich das Geld selbst als Quelle von Ungleichheit und Instabilität hervor getan und uns die dreifache Zahlungskrise beschert, wie im *neunten Kapitel* ausgeführt wird.

Das abschließende *zehnte Kapitel* wird deswegen mit einigen von

der Ideologie unpolitischen Geldes genährten Tabus brechen und Hinweise zusammentragen, warum aus Sicht einer Bilanztheorie wenig gegen und viel für eine Vergesellschaftung der monetären Maschine spricht – also für die Unterordnung der Infrastruktur «Geld» unter eine Reihe möglicher politischer Ziele anstelle eines einzelnen, vermeintlich technischen Imperativs: der Preisstabilität. Eine sich an der Einsicht in den infrastrukturellen Charakter des Geldes orientierende Konzeption von Geldpolitik würde zwei Dinge kombinieren: die Affirmation von Schulden, d.h. ihre Würdigung als Ressource geldwirtschaftlicher Interaktion, mit einem Rollenwechsel von Geldwertpolitik und Geldschöpfungspolitik und einem Bewusstsein für die Notwendigkeit der Steuerung monetärer Reproduktion: also der Lenkung von Geldschöpfung und Geldvernichtung. Geldpolitik als Infrastrukturpolitik wird sich damit auseinandersetzen müssen, wie und für welchen Zweck Geld in die Wirtschaft eintreten (also: geschöpft werden) soll. Dafür müssen sowohl Fragen der territorialen Kontrolle von Zahlungsmitteln und Zahlungsflüssen diskutiert, als auch eine fundamentale Neuausrichtung unserer Erwartungen an das Verhältnis von Staaten und Geldschöpfung vollzogen werden. Kurzum, das abschließende Kapitel wird für eine Vergesellschaftung monetärer Souveränität plädieren, die eine *Politisierung der Geldschöpfung* und damit einen stabileren und gesellschaftlich und klimapolitisch, aber auch ökonomisch verträglicheren Betrieb der monetären Maschine verspricht. Das jedenfalls ist die Hoffnung dieser Kritik der finanziellen Vernunft.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)